



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 12.02.2020

ANFRAGE

Werden auch in München Arztpraxen von Investoren aufgekauft?

Die WELT berichtete am 28. Januar 2020 über den Kauf von Krankenhäusern, Altenheimen, Pflegediensten und auch Arztpraxen durch internationale Investoren.¹

Die Familie Jacobs, bekannt durch die Kaffee-Krönung, ist mit ihrer Investmentfirma Jacobs Holding ins Zahngeschäft eingestiegen. Es wird angenommen, dass sich im Gesundheitswesen Geld verdienen lässt, denn die Einnahmen fließen überwiegend durch die gesetzlichen Krankenkassen verlässlich und stetig.

Bundesweit arbeiten bereits ca. 19 % der Fachärzte, die Kassenpatienten versorgen, als Angestellte von medizinischen Versorgungszentren. Hinter vielen dieser Versorgungszentren stehen Investorenfirmen, teils mit Sitz in Steueroasen. Zahnarztzentren im Besitz von Investoren rechnen ca. ein Drittel höhere Kosten als Praxen in Arztbesitz ab.

Die Gefahr ist deshalb groß, dass bei Festpreisen für Gesundheitsleistungen durch „Masse“ Gewinnmaximierung angestrebt wird. Hier geht es aber nicht um ein Produkt, sondern um kranke und pflegebedürftige Menschen. Richtschnur muss es dabei immer sein, zu heilen, zu lindern und nicht zu schaden.

In München werden in den nächsten Jahren viele niedergelassene Ärzte in den verdienten Ruhestand gehen. Es scheint, dass die Abgabe einer Praxis an Investoren statt an andere Ärzte sich finanziell günstiger darstellt. Damit würde schleichend und unbemerkt ein Systemwechsel ermöglicht, der u.U. für die Patienten zum Nachteil und/oder zu höheren Kosten führt.

München ist in einzelnen Stadtteilen ärztlich bereits jetzt überversorgt, während in anderen Stadtvierteln akuter Ärztemangel herrscht. Versorgungslücken insbesondere in der Geburtshilfe, Kinder- und der Versorgung alter hochbetagter Menschen sind immer wieder zu beklagen.

¹ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article205370487/Investoren-im-Gesundheitswesen-Wir-brauchen-eine-Bonpflicht-fuer-Aerzte.html?wtrid=onsite.onsitesearch>

Die AOK fordert Einschränkungen für die Praxisverkäufe, zumindest Transparenz über die Eigentümerstrukturen und deren wirtschaftliche Verflechtungen.

Das Gesundheitsministerium wird zeitnah ein Gutachten zur Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Auftrag geben. Es soll Klarheit über Zusammenhänge zwischen Trägerstrukturen und Versorgungsqualität bringen.

Diese Transparenz und Klarheit zu den Eigentümern und wirtschaftlicher Verflechtungen im Gesundheitswesen ist auch insbesondere in München durch die Stadtverwaltung zu beobachten und darzustellen.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

Hat die städtische Verwaltung Erkenntnisse über die Trägerstrukturen und deren Auswirkungen auf Qualität und Kosten im Münchner Gesundheitswesen?

Initiative:

weitere Fraktionsmitglieder:

Eva Caim

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl,
Mario Schmidbauer, Andre Wächter